



Fotos: Max Schwarze, SPD Berlin/Joachim Gern

Liebe Leserinnen und Leser,

zum ersten Mal begrüßen wir Sie an dieser Stelle in der TS aktuell zu zweit. Die SPD Tempelhof-Schöneberg hat sich für eine Doppelspitze entschieden und uns beide zum Vorsitz-Duo gewählt. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen die Politik in unserem Bezirk zu gestalten.

Mit Blick auf die TS aktuell hat sich dagegen nichts geändert – wir versorgen Sie auch in der aktuellen Ausgabe neben landespolitischen Themen vor allem mit Einblicken in die Bezirkspolitik, darunter unser Einsatz für mehr Mieterschutz, spannende Berichte zu Gewerbebetrieben im Kiez und zur Arbeit unserer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung.

Mit der kühleren Jahreszeit haben sich die COVID-19-Infektionszahlen wieder deutlich erhöht. Weil alle Erkenntnisse darauf hindeuten, dass dies vor allem durch private Feiern beschleunigt wird, unser dringender Appell: Auch wenn es schwer fällt, es ist nicht die Zeit zum Feiern. Wir wissen, besonders für Alleinstehende und Singles ist diese Zeit eine Herausforderung. Lassen Sie uns alle verantwortungs- und rücksichtsvoll miteinander umgehen, damit wir die Infektionszahlen senken. Wenn wir uns alle gemeinsam an die Abstandsregeln halten und den Mund-Nasen-Schutz tragen, können wir einen harten Lockdown vermeiden und die Pandemie überwinden. Bleiben Sie gesund!

Herzlich, Ihre
Melanie Kühnemann-Grunow
& **Lars Rauchfuß**



Franziska Giffey will in und für Berlin Politik machen und hat dafür konkrete Vorstellungen.

Foto: Stefan Schäfer

IN DIESER AUSGABE

CORONA-PANDEMIE
Obdachlose Menschen sind besonders betroffen **SEITE 2**

SPD-LANDESSPITZE
Interview mit Franziska Giffey und Raed Saleh **SEITE 3**

MOBILITÄTSWENDE
Berliner SPD setzt auf U-Bahn-Ausbau **SEITE 4**

SEHNSUCHTSORT BERLIN
Interview mit dem neuen Führungsduo der Jusos **SEITE 5**

MIETENDECKEL
Schutz für Berlins Mieterinnen und Mieter **SEITE 6**

QUARTIERSMANAGEMENT
Eine Chance für zwei Kieze im Bezirk **SEITE 8**

Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf

Für Franziska Giffey und Raed Saleh ist das Ziel der Berliner SPD klar – stärkste Kraft bleiben

Berlin ist groß, wild, liebenswert ruppig, nicht immer einfach und bedeutet für jeden etwas anderes. Für den Regierenden Bürgermeister Michael Müller ist Berlin vor allem eines: eine Stadt, die immer in Bewegung ist und sich doch treu bleibt. Beständigkeit im Wandel – dafür steht auch die Berliner SPD.

Veränderungen kann man nicht aufhalten, aber man muss sie gestalten, formen, zum Guten weiterentwickeln. Arbeit, von der man leben kann, bezahlbare Mieten, gute Bildungschancen, ein friedliches Zusammenleben. Dafür hat Michael Müller immer gekämpft und dafür wird er sich auch weiter einsetzen. Mit dem von ihm entwickelten Solidarischen Grundeinkommen beweist die SPD gerade in Berlin, dass Arbeit statt Hartz IV nicht nur den Menschen eine Per-

spektive bietet, sondern auch der Gesellschaft hilft. Erkennbar ist auch, wie wichtig Wissenschaft und Forschung für Berlin sind. Neue Arbeitsplätze, mehr Investitionen und die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft sind damit verbunden. Und für Michael Müller steht fest: Bezahlbarer Wohnraum für alle bleibt die soziale Frage unserer Zeit. Die Berlinerinnen und Berliner werden in ihm immer einen Menschen finden, der die Haltung verkörpert: „Unser Berlin bleibt eine lebenswerte Stadt für alle, bezahlbar, offen und solidarisch.“

Geht es nach Franziska Giffey und Raed Saleh soll genau diese Idee für Berlin auch zukünftig bestehen. Das Berliner Stadtblatt hat mit beiden über die Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr gesprochen. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte haben sie bereits ausgemacht:

Wirtschaft und Arbeit, Verwaltung, Sicherheit und Ordnung, Bauen in Verbindung mit Mobilität sowie Bildung und Wissenschaft. Für letzteres stellt die derzeitige Bundesfamilienministerin fest: Sie ist stolz auf Berlin, denn in der Hauptstadt „zählt nicht, wo du herkommst, sondern wer du sein willst“. Auch deshalb sei Bildung in Berlin kostenlos – von der Kita bis zur Hochschule. Dem pflichtet Raed Saleh bei: Man sei der „Vision einer bezahlbaren Stadt ein erhebliches Stück nähergekommen“. Als Beispiele führt der SPD-Fraktionsvorsitzende neben der Bildung den Mietendeckel und den öffentlichen Vergabemindestlohn von 12,50 Euro an.

Das Ziel der Berliner SPD im anstehenden Wahlkampf ist klar: stärkste Kraft bleiben. Dafür wollen Franziska Giffey und Raed Saleh einen Schritt nach dem anderen

gehen: In einer stetig wachsenden Stadt brauche man mehr Wohnungen in Verbindung mit Mobilität. „Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – inklusive der U-Bahn – ist für uns der Kern einer klimafreundlichen Verkehrspolitik“, sagt die frühere Neuköllner Bezirksbürgermeisterin. Auch das Thema innere Sicherheit ist ihr wichtig: „Es gibt klare Regeln, die für alle gelten und die wir konsequent durchsetzen müssen.“ Mit Blick auf die Zeit nach der Corona-Pandemie sagt sie: „Die erfolgreiche Berliner Wirtschaft soll wieder zu ihrer alten Stärke zurückfinden.“

Der Wahlkampf beginnt. Raed Saleh ist überzeugt: „Wenn die Berliner SPD erst einmal in Fahrt ist, dann kann uns niemand mehr aufhalten.“ **Sebastian Thomas**

Das Interview finden Sie auf Seite 3

Brücken bauen

Mariendorfer Moscheebau als Begegnungschance

Der Verein Mariendorfer Moschee e.V. ist seit über 20 Jahren Teil der religiösen Vielfalt im Bezirk und betreibt aktuell ein unscheinbares Gemeindezentrum am Mariendorfer Damm. Man will nun aber als lebendige, wachsende Gemeinde sichtbar werden. Daher wird ab 2021 ein repräsentatives Gemeindezentrum mit Moschee errichtet, gleich gegenüber der evangelischen Gemeinde vor Ort.

Oft werden solche Bauten instrumentalisiert, jedoch nicht in Mariendorf. Die Kirchgemeinde freut sich auf den alten Freund und neuen Nachbarn. Man kennt sich gut und steht in einem freundschaft-

lichen Austausch. Das ist insbesondere auf zwei Frühstücke junger Christ*innen und Muslim*innen zurückzuführen. Jugendliche beider Gemeinden hatten sich aus Neugier gegenseitig eingeladen. Es stellte sich schnell heraus, dass das Frühstück zwar unterschiedlich war, aber man sich viel zu erzählen hatte. Bei Appenzeller und Sucuk ist das Kennenlernen wohl doch einfacher.

Diese Neugier aufeinander ist, was einen vielfältigen Bezirk ausmacht und Spaltungsversuche der Nachbarschaft verhindern hilft, wie sie leider auch hier zu beobachten waren – zum Glück ohne Erfolg.

Ayten Doğan & Justin Sudbrak

Willkommen in Schöneberg

Erster Spatenstich für Wohn- und Pflegeprojekt der Schwulenberatung Berlin



Marcel de Groot (l.), Geschäftsführer der Schwulenberatung und der Regierende Bürgermeister Michael Müller (2.v.l.) bei ersten Spatenstich.

Foto: Michael Biel

Queeres Leben braucht Sichtbarkeit. Die Berliner Schwulenberatung baut ab sofort einen weiteren „Lebensort Vielfalt“ auf der Schöneberger Linse. Das generationsübergreifende, interkulturelle gemeinschaftliche Wohnprojekt soll 2022 eröffnet werden.

Der neue „Lebensort Vielfalt“ wird in einem siebengeschossigen Neubau Platz für 69 barrierefreie Wohnungen, darunter eine Pflege- und zwei therapeutische Wohngemeinschaften, für großzügige Gemeinschaftsräume und vielfältige quartiersoffene Angebote bieten. Die Finanzierung wird durch Kredite, Unterstützung durch diverse Stiftungen, Erbschaften und Spen-

den ermöglicht. Weit mehr als 400 Menschen, die hier einziehen möchten, stehen auf der Warteliste.

Das queere Wohnprojekt entsteht in der Nähe vom Bahnhof Südkreuz und ist damit auch hervorragend an den ÖPNV angebunden. Nachbarschaftliches Miteinander soll explizit auch nach außen gelebt werden: Eine Kita und ein Gastronomiebetrieb mit angegliedertem Veranstaltungsraum stehen für ein offenes, allen Menschen zugewandtes Haus im neu entstehenden Kiez. Die Schwulenberatung beabsichtigt, ihre Räumlichkeiten auch für die Kiez-Jugend am Abend und Wochenende für deren Aktivitäten zu öffnen. **Michael Biel**

KURZ NOTIERT

AUS FÜR FRIEDENAUER
ENGELMARKT

Der für den Nikolaustag geplante Engelmarkt auf dem Breslauer Platz fällt aus. Das kleine Team vom „Friedenau Netzwerk“, das über Jahre den beliebten Weihnachtsmarkt organisiert hat, sieht sich nicht in der Lage, alle nötigen organisatorischen und hygienischen Maßnahmen durchzuführen.

Zahlreiche soziale Einrichtungen aus dem Friedenauer Kiez hatten hier die Möglichkeit, ihre Initiativen verbunden mit dem Verkauf von handwerklichen Arbeiten und lukullischen Köstlichkeiten vorzustellen. Auch SPD und AWO Friedenau waren mit selbstgebackenen Plätzchen immer dabei und spendeten den Erlös des Verkaufs an soziale Projekte von Vereinen und Verbänden.

Die gute Nachricht: Auch 2020 wird es wieder einen Weihnachtsbaum auf dem Breslauer Platz geben. Schon jetzt haben etliche Bürgerinnen und Bürger sowie Geschäftsleute ihre Unterstützung durch Spenden zugesagt. Auch Sie können sich beteiligen, damit der Platz vor dem Friedenauer Rathaus wieder seinen vorweihnachtlichen Schmuck erhält:

Magrit Knapp
DE15 1009 0900 1895 9586 00
GENODEF1P01

Eva Liebchen

Solidarisch mit obdachlosen Menschen

Sozial benachteiligte Menschen sind von den Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen

Zuhause bleiben war und ist keine Option für die, die kein Zuhause haben. Die COVID-19-Pandemie hat wohnungslose, obdachlose und von Armut betroffene Menschen nochmal ganz besonders herausgefordert. Viele Unterstützungseinrichtungen und Anlaufstellen mussten ganz oder teilweise schließen und sind bis heute nicht wieder im Normalbetrieb. Andere haben ihre Arbeit komplett eingestellt. Eine große Herausforderung auch für Träger und ehrenamtlich Engagierte.

SPENDEN FÜR DIE WOHNUNGSLOSENTAGESSTÄTTE

Die Wohnungslosentagesstätte des Unionhilfswerks in Schöneberg hat schnell und kreativ reagiert, um weiterhin für die Menschen da sein zu können. Die Verpflegung wurde über eine Fensterausgabe sichergestellt. Es sind nur wenige Gäste gleichzeitig in den Räumlichkeiten möglich. Das Team der Wohnungslosentagesstätte sorgt engagiert dafür, dass sich die Gäste wohlfühlen. Neben etwas Warmem zu essen und sauberer Kleidung, erhalten die Menschen dort Zugriff auf sanitäre Anlagen und Hygieneartikel. Auch Beratungsangebote sind vorhanden.

Um die wichtige Arbeit der Tagesstätte zu unterstützen, haben die SPD Schöneberg und die SPD Schöneberg-City die Einrichtung



Spendenübergabe an die Wohnungslosentagesstätte in der Gustav-Freytag-Straße in Schöneberg Foto: Hermann Zellner

besucht und Rucksäcke mit Hygieneartikeln und Taschenlampen gespendet. Spenden, insbesondere Hygieneartikel und Männerkleidung wie Unterwäsche und Socken, werden dort immer gebraucht.

NEUE FORMEN DES ENGAGEMENTS: GABENZÄUNE

Auch Neues ist entstanden, um Menschen in Notlagen zu unterstützen: An vielen Stellen haben sich spontan Ehrenamtliche zusammengesetzt und sogenannte Gabenzäune initiiert, teilweise mit Unterstützung von Trägern und Unternehmen. Das

Prinzip ist einfach: Anwohnende spenden an Gabenzäunen Lebensmittel oder Kleidung – wetterfest verpackt und beschriftet. Menschen, die von Armut betroffen sind, können sich dann nach Bedarf versorgen. Das war mit viel Einsatz der Ehrenamtlichen verbunden, die die Zäune gepflegt haben. Mehr zu diesem Projekt erfahren Sie auf www.gabenzaun.de.

Als sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bezirk habe ich mich mit vielen Ehrenamtlichen der Gabenzäune ausgetauscht und angeregt, dass sie am *Runden Tisch Obdachlosigkeit* von ihren

Erfahrungen berichten. Diese Wertschätzung und der Austausch miteinander sind wichtig. Am Runden Tisch, den die SPD im Bezirk initiiert hat, stimmen sich alle, die sich für wohnungslose Menschen einsetzen, regelmäßig untereinander ab.

Solidarität mit wohnungs- und obdachlosen Menschen braucht es insbesondere in herausfordernden Zeiten – und von uns allen!

Wiebke Neumann
Bezirksverordnete

<https://www.unionhilfswerk.de>

IMPRESSUM

BERLINER STADTBLATT

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken

LANDESSEITEN

(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6, 7)

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel. 030-4692222

berlin@spd.de

<https://spd.berlin>

Redaktion der Landesseiten:
Sebastian Thomas (Leitung), Ulrich Horb,
Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirkssseiten TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

(S. 1 links/unten, 2, 8)

Herausgeber:
SPD Tempelhof-Schöneberg
Kreisvorsitzende Melanie Kühnemann-Grünow
und Lars Rauchfuß (V.i.S.d.P.)
Crellestraße 48, 10827 Berlin

Redaktion: Sarah Walter (Leitung), Manuela Harling,
Ulrich Horb, Eva Liebchen, Petra Rudolph-Korte,
Corinna Volkmann, Volker Warkentin

Kontakt:
Kreis.Tempelhof-Schoeneberg@spd.de
www.spd-tempelhof-schoeneberg.de

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Rätselestellung: Ulrich Schulte-Döinghaus

Der ganz besondere Blick

Große Fotokunst im Schöneberger Haus am Kleistpark

Aus Anlass des 100. Jubiläums der Gründung Groß-Berlins setzt das Haus am Kleistpark dieser außergewöhnlichen Stadt fotografisch hervorragende Bilder entgegen, die deren zahlreiche Lebensrealitäten und Lebensgefühle sichtbar machen.

Ein Besuch mit Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) gibt Einblick, da das Haus wegen Corona nur wenigen zugänglich ist. „Die Ausstellung zeigt mit beeindruckenden Fotos die Diversität der Großstadt Berlin – von Obdachlosigkeit bis High Society, vom ehemaligen Grenzstreifen bis zur pulsierenden Innenstadt.“ An diesem

wunderschönen Kunstort findet durch die Fotografien eine Auseinandersetzung mit der rasanten Entwicklung der Stadt, aber auch Momenten des Stillstandes statt. Elf renommierte Fotokünstler*innen liefern ein Spektrum von den Wendejahren bis heute. „Wie oft gehen wir durch die Stadt, ohne hinzusehen. Die Fotograf*innen haben hingesehen und die Momente bewahrt. Eine berührende Ausstellung“, findet Angelika Schöttler. Ein Blick auf die Homepage lohnt: Sie zeigt einige Impressionen aus der Ausstellung.

Corinna Volkmann

<https://www.hausamkleistpark.de>



Ein Blick in die Ausstellung

Foto: Corinna Volkmann

Immer auf den Beinen für Tempelhof-Schöneberg

Marijke Höppner – als SPD-Fraktionsvorsitzende mit Leidenschaft in der Bezirksverordnetenversammlung aktiv

Es gibt viel zu tun in unserem Bezirk – und eine junge Frau steht dabei mit in der ersten Reihe. Die in Tempelhof geborene Marijke Höppner ist seit 2008 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und übernahm 2019 den Vorsitz der SPD-Fraktion. Eine herausfordernde Aufgabe.

„Als Vorsitzende bin ich Generalistin und muss bei allen Themen mitreden können. Im Moment geht es um Corona, Einschränkungen und Öffnungen“, sagt die 39-Jährige.

Eine wichtige Herzensangelegenheit der passionierten Radlerin ist Verkehrspolitik. Die SPD-Fraktion hat konstruktive Anträge zur Verbesserung des Rad- und Fußver-

kehrs eingebracht. Es ist offensichtlich: „Wir haben zu wenige Radwege, zu wenige sichere Radwege, keine Fahrradstraße. Wenn die grüne Stadträtin so weitermacht, erreichen wir die Ziele des Mobilitätsgesetzes erst in mehreren 100 Jahren.“

Höppner nimmt mehrmals im Monat an Fraktions- und Ausschusssitzungen teil, in denen Themen diskutiert und aufbereitet werden, sowie an einer Plenarsitzung: „Das ist das Herzstück unserer Arbeit. Man berät sich mit den Partner*innen und der Opposition. Am Ende müssen wir die besten Entscheidungen für die Menschen finden.“

Die Arbeit ist erfolgreich: Im Haushalt wurden mehrere Hundert-



Marijke Höppner

Foto: Justin Sudbrak

tausend Euro für Pflege und Unterhaltung der Parks, für Schulreinigung, für saubere Spielplätze und für Gewinnung und Erhalt von Personal fest eingeplant.

Für Marijke Höppner bedeutet es viel, auf Bezirksebene direkt aktiv sein zu können: „Die Menschen vertrauen Kommunalpolitiker*innen mehr als der Politik in Gänze. Das ist ein Vertrauensvorsprung, den ich nicht verspielen möchte. Wir erfahren selber, was den Alltag leicht oder kompliziert macht.“ Dann muss gehandelt werden – und manchmal finden sich Lösungen ganz einfach.

Corinna Volkmann

„In Berlin zählt, wer du sein willst“

Franziska Giffeys und Raed Salehs Vision von Berlin ist eine tolerante, solidarische und gerechte Stadt – für alle

Berliner Stadtblatt: Liebe Franziska, lieber Raed, seit fast 20 Jahren ist die SPD in Berlin die politisch stärkste Kraft und stellt den Regierenden Bürgermeister: Auf welche Projekte können wir zurecht stolz sein?

Franziska Giffey: Es gibt viele Gründe, auf diese Stadt stolz zu sein. Einer ist: In Berlin zählt nicht, wo du herkommst, sondern wer du sein willst. Der Weg dahin ist Bildung – und die ist kostenlos von der Kita bis zur Hochschule. Ein zweiter Grund ist die Berliner Wirtschaft. Produkte made in Berlin werden in die ganze Welt exportiert: vom Motorrad über Marzipan bis zu Spielplatzgeräten, dazu eine boomende Start-up-Szene. Dieser Wirtschafts-Mix aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung ist das Fundament für gute Arbeitsplätze in der Stadt und damit für unseren Wohlstand heute und in Zukunft. All das passiert nicht einfach so. Es ist das Ergebnis einer sozialdemokratisch geprägten Politik, die die ganze Stadt im Blick hat.

Raed Saleh: In den vergangenen Jahren haben wir sehr viel erreicht. Wir sind unserer Vision der bezahlbaren Stadt ein erhebliches Stück nähergekommen. Thema gebührenfreie Bildung, Franziska hat es schon angedeutet, da haben wir richtig geklotzt. Besonders stolz bin ich auf das kostenlose warme Mittagessen für alle. Es gibt jetzt Kinder, die am Montag eine doppelte Portion nehmen, weil sie noch vom Wochenende Hunger haben. Das zeigt, wie wichtig unsere Politik ist. Dazu kommt ein öffentlicher Vergabemindestlohn in Berlin von 12,50 Euro, der Mietendeckel, der bereits Wirkung zeigt und vieles mehr. Wir machen Berlin gerechter. Und das ist ur-sozialdemokratische Politik, auf die ich stolz bin.

„
Wenn die
Berliner SPD
erst einmal
in Fahrt ist,
dann kann uns
niemand mehr
aufhalten.“

Raed Saleh

Stichwort stärkste Kraft: Raed, dieses Ziel hast du für die Wahl im kommenden Jahr ausgemacht. Was ist euer Fahrplan für den kommenden Wahlkampf, um dieses Ziel zu erreichen?

Raed Saleh: Ich möchte, dass die SPD die kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewinnt. Und das ist auch möglich. Wenn wir alle zusammen in den kommenden Monaten hart arbeiten, wenn wir an uns glauben, unsere gute Politik vielleicht auch noch besser erklären, dann sehe ich da sehr gute Chancen. Die SPD ist der starke Motor des aktuellen Senats. Und wir haben noch viel für die Menschen in unserer Stadt vor. Gerade in der Corona-Krise werden wir mehr gebraucht



Für Raed Saleh (l.) und Franziska Giffey ist die Politik der Berliner SPD ein Garant dafür, dass die Hauptstadt für alle Einwohnerinnen und Einwohner bezahlbar und lebenswert bleibt.

Foto: Stefan Schäfer

denn je, damit die gesundheitliche Krise nicht zu einer wirtschaftlichen und dann sozialen wird. Wir müssen dafür sorgen, dass jetzt niemand in Armut abrutscht. Außerdem sind wir eine starke Partei und mit ungefähr 20.000 Mitgliedern der größte Landesverband in Berlin. Niemand sollte uns unterschätzen. Wenn die Berliner SPD erst einmal in Fahrt ist, dann kann uns niemand mehr aufhalten. Wir werden gewinnen, davon bin ich überzeugt.

Franziska, mal ein kleines Gedankenpiel: Wenn du Regierende Bürgermeisterin von Berlin wirst, was würdest du an erster Stelle umsetzen?

Franziska Giffey: Wir gehen einen Schritt nach dem anderen. Raed und ich haben unsere Schwerpunkte für die Stadt klar benannt. Wir brauchen in der wachsenden Stadt mehr Wohnungen in Verbindung mit Mobilität. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – inklusive der U-Bahn – ist für uns der Kern einer klimafreundlichen Verkehrspolitik. Wir werden weiter in Bildung und Wissenschaft investieren, die Digitalisierung und den Schulbau vorantreiben. Die starke und erfolgreiche Berliner Wirtschaft soll nach der Krise zu ihrer alten Stärke zurückfinden. Wir wollen die Berliner Verwaltung weiter modernisieren, für eine funktionierende Stadt mit motivierten Beschäftigten und digitaleren Verfahren. Und, das ist mir auch wichtig: Wir stehen für Sicherheit und Ordnung. Es gibt klare Regeln, die für alle gelten und die wir konsequent durchsetzen müssen. Das geht bei der illegalen Müllkippe los und endet bei jeder Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus.

„
Es gibt
klare Regeln,
die für alle
gelten und die
wir konsequent
durchsetzen
müssen.“

Franziska Giffey

Raed, in Berlin sind wir Volkspartei: Warum passt diese Feststellung deiner Meinung nach so gut auf die Berliner SPD?

Raed Saleh: Ja, du hast völlig recht. In Berlin sind und bleiben wir Volkspartei, auch wenn wir an den Prozenten in den kommenden Monaten noch arbeiten müssen. Wir sind die Partei, die die verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft versöhnt. Für uns ist die Sichtweise der Studentin genauso wichtig wie die Sichtweise des Polizisten, die Sichtweise der türkischstämmigen Unternehmerin genauso wichtig wie die des Arbeitssuchenden, der Verkäuferin an der Supermarktkasse oder der Kinderärztin. Wir nehmen die Bevölkerung in ihrer ganzen Bandbreite mit und konzentrieren unsere Politik nicht auf einzelne Berufsgruppen. Wir haben die gesamte Stadt im Blick. Und das wissen die Menschen auch. Unsere Vision ist die gerechte, solidarische und tolerante Stadt für alle. Wenn

wir das Gefühl vermitteln, dass wir Politik für ganz Berlin machen, also für Ältere und Jüngere, für Frauen und Männer, für Ost und West, für Alteingesessene und Zugewanderte, für die Menschen innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings, dann vertrauen die Menschen der Volkspartei SPD.

In der BERLINER STIMME sagten Expertinnen für Geschlechtergerechtigkeit, dass gerade die Situation Alleinerziehender ein Lackmustest dafür sei, ob politische Entscheider Familie und Beruf gut zusammen denken würden. Was hat die Berliner SPD bereits für Familien und Alleinerziehende mit Kindern und Jugendlichen getan? Was müsste eurer Meinung nach unternommen werden?

Franziska Giffey: Wir wollen, dass überall dort, wo Kinder sind, Familien ein gutes Auskommen haben, das sie selbst erwirtschaften können. Berlin war das erste Bundesland, das die Kita-Gebühren abgeschafft hat. Ebenso das Büchergeld in der Grundschule. Es gibt ein kostenloses Schülerticket. Bei der Kinderbetreuung ist Berlin viel weiter als andere Bundesländer, wo die Kita teilweise über Mittag oder am frühen Nachmittag schließt. Bis 2026 wollen wir weitere 26.000 Betreuungsplätze schaffen. Dafür werden wir auch beim Personal aufstocken und Mittel des Bundes nutzen. Gerade Familien mit kleinem Einkommen und Alleinerziehende brauchen zum einen wirksame Familienleistungen, zum anderen aber auch verlässliche Strukturen. Für beides steht die SPD. Das Gute-KiTa-Gesetz und das Starke-Familien-Gesetz auf Bundesebene kommen Berlin dabei besonders zugute.

Raed, stell dir einmal vor, du sitzt in einem Zugabteil mit zwei anderen Personen zusammen. Beide waren vorher noch nie in Berlin und fragen sich, ob es in der Hauptstadt sicher ist. Was würdest du den beiden antworten?

Raed Saleh: Ich würde den beiden sagen, dass sie keine Angst um ihre Sicherheit in Berlin haben müssen. Berlin ist im weltweiten Vergleich eine der sichersten Metropolen. Trotzdem gibt es viele Berlinerinnen und Berliner, die das Gefühl haben, dass die Polizei nicht ausreichend durchgreift. Hier spielt auch das subjektive Sicherheitsgefühl eine große Rolle. Aber mir ist egal, ob ein ungutes Gefühl bei den Menschen subjektiv oder objektiv ist. Wenn sich Menschen in unserer Stadt nicht sicher fühlen, dann müssen wir das ernst nehmen. Deswegen müssen wir mehr Sicherheitspersonal auf die U-Bahnhöfe bringen oder mehr Kontaktbereichsbeamte in die Kieze. Mit Andreas Geisel haben wir einen guten Innensenator. Er steht für eine Politik, die innere Sicherheit und soziale Sicherheit gleichermaßen anstrebt. Für mich ist dazu noch wichtig, dass wir Intervention immer auch mit Prävention zusammendenken.

„
Berlin ist
im weltweiten
Vergleich eine
der sichersten
Metropolen.“

Raed Saleh

Berlin, London und Paris haben eine wichtige Gemeinsamkeit: Alle drei Metropolen haben ein weitläufiges U-Bahnnetz. Franziska, warum ist dessen Ausbau so wichtig?

Franziska Giffey: Mobilität ist ein entscheidendes Thema in der wachsenden, modernen Stadt Berlin. BVG und S-Bahn nutzen schon jetzt ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien. Den Weg wollen wir weitergehen. Die U-Bahn ist das sicherste, schnellste und klimafreundlichste Verkehrsmittel. Mit unserem U-Bahn-Plan 2030 haben wir fünf Strecken konkret benannt, die wir ausbauen wollen: Das betrifft die großen Linien U2, U8, die U7 an beiden Enden in Spandau und am Flughafen und die U3. Die Außenbezirke besser anzubinden spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die Stadt endet ja nicht hinter dem Ring. Der U-Bahn-Ausbau ist zukunftsweisend für Berlin – und wir wollen dafür auch Bundesmittel nutzen.

Fragen: Sebastian Thomas

Das erweiterte Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/doppelinterview-giffey-saleh/>



Rückgrat der Mobilitätswende in der Hauptstadt

Die Berliner SPD setzt auf den Ausbau des U-Bahn-Netzes – vor allem die Außenbezirke sollen besser angebunden werden

Keine autofreie Innenstadt, keine City-Maut - dafür massive Investitionen in das Berliner U-Bahn-Netz. So soll die Mobilitätswende laut Franziska Giffey und Raed Saleh, dem neuen Führungsduo der SPD Berlin, gelingen.

„Das Rückgrat der Berliner Verkehrswende für eine klimafreundliche Stadt ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs“, sagt die frühere Neuköllner Bezirksbürgermeisterin. Gerade die Berliner Außenbezirke müssten besser an das U-Bahnnetz angebunden werden. Diese Ansicht teilt auch Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und ergänzt: „Deutlich weniger Individualverkehr erfordert einen attraktiven und zuverlässigen ÖPNV in der gesamten Stadt.“ Er ist sich sicher: „Dann steigen die Berlinerinnen und Berliner gerne um.“ Für ihn hat die U-Bahn eine lange Erfolgsgeschichte vorzuweisen, denn „seit über 100 Jahren bringt sie die Menschen schnell, sicher und ganz ohne Emissionen durch die Hauptstadt – Elektromobilität mit Tradition und 100 Prozent Ökostrom“. Jetzt sei endlich der Ausbau von U-Bahnstrecken konkret in Berlin anzugehen, Fördergelder des Bundes und der EU würden bereitstehen.

Dabei hat die neue Berliner SPD-Doppelspitze fünf Strecken im Blick, die sie gerne erweitern möchte: die U8 zum Märkischen



Sie spielt in der zukünftigen Verkehrsplanung der Berliner SPD eine wichtige Rolle: eine schnelle und zuverlässige U-Bahn

Foto: Sebastian Thomas

Viertel, die U7 vom Rathaus Spandau zur Großsiedlung Heerstraße und zum neuen Flughafen Berlin-Brandenburg sowie die U3 Richtung Mexikoplatz und die U2 nach Pankow Kirche. Franziska Giffey denkt bei diesem Verkehrsprojekt auch über Landesgrenzen hinweg. Ihre Vision für Berlin 2030 sei die Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Dafür wolle sie arbeiten – „mit einer starken Berliner SPD“.

Auch für Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, ist ein leistungsstarker und attraktiver ÖPNV der „wichtigste Hebel für weniger motorisierten Individualverkehr“. Mehr noch: Es sei der Schlüssel, um Verkehrsprobleme

zu lösen und ebenso einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dabei sei sein Credo: „Gute Dienstleistung, hohe Geschwindigkeit, zum fairen Preis, mit guter Verfügbarkeit.“ Bereits im März äußerte sich Tino Schopf in der *BERLINER STIMME* zum Berliner U-Bahnnetz: „Mir ist bewusst, dass der Ausbau kontrovers diskutiert wird. Ein modernes

System wie die U-Bahn kostet Geld. Doch wenn ich Menschen dazu bewegen möchte, ihr Auto stehen zu lassen und auf die Schiene zu setzen, ist es eine sinnvolle Investition in die Zukunft.“

Sebastian Thomas

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/nach-corona-oepnv/>

Der AWO mehr Gesicht geben

Ina Czyborra will als Landesvorsitzende auch jüngere Mitglieder neu gewinnen

Der Jahresempfang der Berliner Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat eine lange Tradition. Zweierlei war dieses Jahr ungewohnt: Der Empfang fand virtuell statt, und das zentrale Thema hatte nicht vordergründig mit Sozialfragen zu tun, sondern mit der Klimakrise.

Seit einem Jahr ist Ina Czyborra Vorsitzende des traditionsreichen AWO-Landesverbandes Berlin, und allmählich erkennt man eine Handschrift der Zehlendorfer SPD-Abgeordneten und stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden. Dass für sie der Schutz des Klimas eine soziale Frage ist, gehört dazu. Dass Sozialverbände wie die AWO unverzichtbar sind, um die Solidarität in der Gesellschaft zu retten und das soziale Gewissen zu sein, ist die Überzeugung der 54-Jährigen.

Die AWO ist ein bedeutender Faktor im Sozialsystem Berlins. Rund 8.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten für den Landesverband, fast ebenso viele Mitglieder unterstützen diese Arbeit und ergänzen sie auch um ehrenamtliche Tätigkeiten. Die AWO betreibt mit ihren Tochtergesellschaften Kindergärten ebenso wie Senioren-Treffs, sie berät Eltern wie Ältere in Alltagsfragen und engagiert sich in der Flüchtlingshilfe. Sie übernimmt Vormundschaften und organisiert Betreutes Wohnen.

Allerdings: Wie andere Organisationen hat die AWO einen hohen Altersdurchschnitt und schrumpfende Mitgliederzahlen. Ina Czyborra hat sich vorgenommen, der AWO nach außen mehr Gesicht zu geben



Ina Czyborra und ihr Vorbild Marie Juchacz, die vor 100 Jahren in Berlin die AWO gründete und Reichstagsabgeordnete war

Foto: Ulrich Rosenbaum

und mehr zu tun, um auch jüngere Mitglieder neu zu gewinnen. Ihre Nähe zur AWO zeigt sich auch daran, dass sie ihr Abgeordnetenbüro als Untermieterin der AWO-Geschäftsstelle Zehlendorf nahe dem S-Bahnhof Sundgauer Straße eingerichtet hat – die Miete kann die Organisation gut gebrauchen.

Was die Arbeit erschwert, sind die Berichte aus anderen AWO-Bezirken wie Frankfurt am Main und Erfurt, wo sich Ehrenamtliche hoch bezahlte Jobs mit PS-starken Dienstwagen zugeschustert haben.

Und das unter Missachtung der strengen Compliance-Regeln des AWO-Bundesverbands. „Ich habe jedenfalls keinen Dienstwagen“, sagt Ina Czyborra und zeigt auf das Fahrrad, das in ihrem Büro steht. Die Berliner Kreisverbände hat sie sich genau angeschaut, hier und da Korrekturen empfohlen, damit auch nicht der Anschein von Selbstbedienung entsteht. Fazit: Die AWO Berlin ist „sauber“.

Ulrich Rosenbaum

<https://www.awoberlin.de>

Piksen gegen das Virus

Auch in Berlin wird ein Corona-Impfstoff getestet

Mit einem experimentellen Wirkstoff werden gerade 600 Berlinerinnen und Berliner testweise geimpft, zu denen auch ich, 71-jähriger Autor des Berliner Stadtblatts, gehöre. Die Impfung könnte weltweit eingesetzt werden – falls der Test erfolgreich ist.

An den folgenden Moment erinnere ich mich nicht mehr: Ein beruhigender Spruch der Ärztin, während sie die Spritze aufzieht – Piks, Pflaster drüber, fertig. Das war Mitte September in der Charité Research Organisation (CRO), wo ich seitdem eine Testperson bin. Ich bin einer von rund 600 Probanden, die in Berlin an der Entwicklung und Testung eines Impfstoffes gegen das Corona-Virus teilnehmen. Die Tochtergesellschaft der Berliner Charité wird – wie auch wir Testpersonen – von einer belgischen Pharmafirma dafür bezahlt, dass sie Probanden einen experimentellen Impfstoff verabreicht und das Ergebnis übermittelt.

Während einer Informationsveranstaltung wurde erläutert, auf welche Weise ein Impfstoff an uns getestet wird. Gefahren seien so gut wie ausgeschlossen, sagte man uns, das hätten auch Vorstudien mit Tieren und einer kleinen Probandengruppe gezeigt. Der Test-Impfstoff ist einer unter rund 60 Impfstoffen, die zurzeit weltweit und mit Aussicht auf Erfolg getestet werden.

Einige Testpersonen sprangen ab. Ich blieb dabei, weil der gute Name der Universitätsklinik-Charité und ihrer Tochtergesellschaft für einen seriösen Test sprechen, aber auch das Paul-Ehrlich-Institut, die Zulas-

sungsbehörde für Impfstoffe und Medikamente. Das Institut genießt einen guten Ruf, weil es pingelig, methodisch, nachvollziehbar arbeitet.



Ulrich Schulte-Döinghaus ist Testperson für einen Corona-Impfstoff

Foto: Annette Schulte-Döinghaus

Mindestens ein Jahr lang werde ich jeden Monat einmal in die Charité aufsuchen, um meine sogenannten Vitalzeichen untersuchen zu lassen: Blutdruck, Puls, Sauerstoffgehalt im Blut. Jedes Mal wird mir dabei Blut abgezapft, und dreimal wird geimpft. Entweder gerät der experimentelle Impfstoff „Ad26.COV2.S“ in meinen Körper oder ein Placebo, das aus nichts weiter als einer Kochsalzlösung besteht. Damit der Zufall keine Rolle spielt und einem wirksamen Impfstoff nichts im Wege steht.

Mitte Oktober legten Charité und Pharma-Firma eine Pause ein. Nachdem während einer vergleichbaren Test-Studie ein Teilnehmer erkrankte, wurden wir Testpersonen benachrichtigt: Erst einmal Stopp. Der Test kommt auf den Prüfstand – mit Erfolg: Seit Ende November geht es weiter.

Ulrich Schulte-Döinghaus

„Berlin soll ein Sehnsuchtsort bleiben“

Sinem Taşan-Funke und Peter Maaß sind das neue Führungsduo der Jusos Berlin. Sie haben sich einiges vorgenommen.

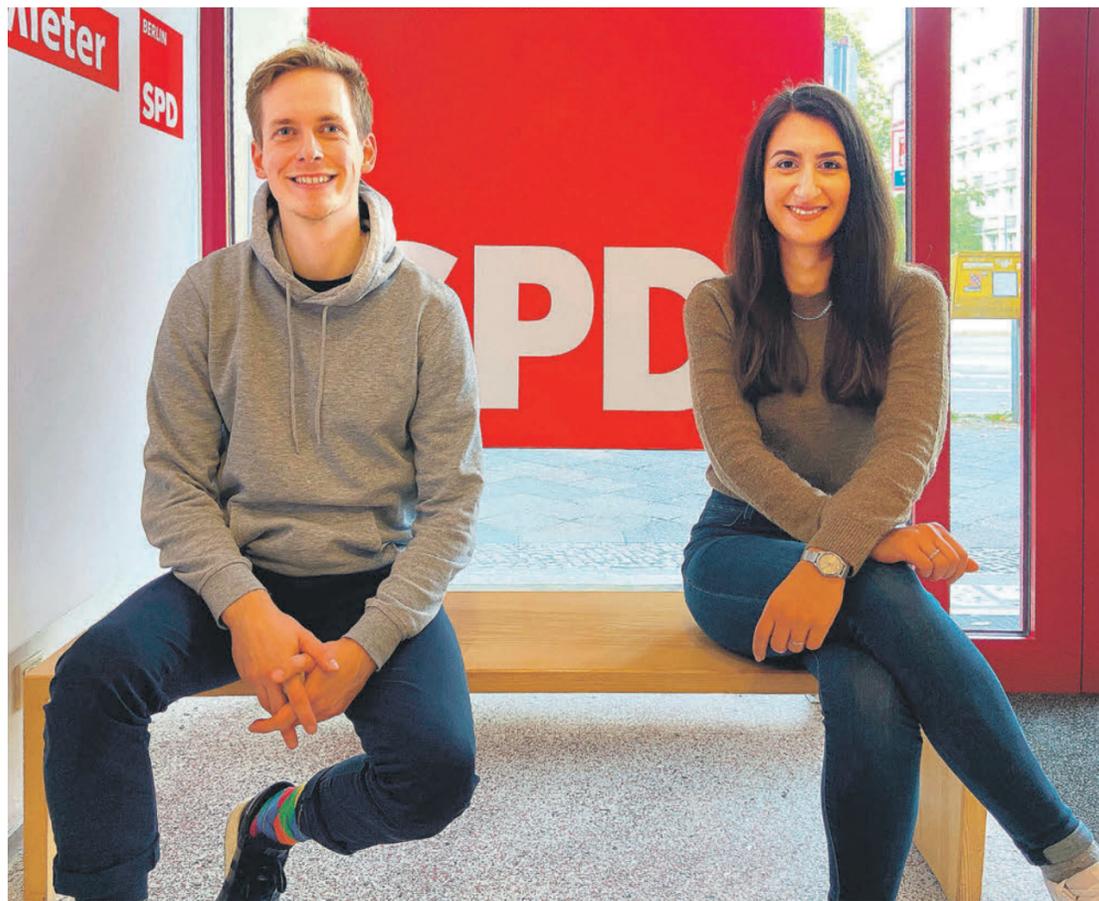
Berliner Stadtblatt: Liebe Sinem, lieber Peter, ihr steht gemeinsam an der Spitze der Berliner Jusos: zwei unterschiedliche Menschen mit ganz unterschiedlichen Denkweisen. War es für euch eigentlich schwierig, eine Doppelspitze zu bilden?

Sinem: Wir kannten uns schon vorher aus unserer Arbeit für den Juso-Landesverband. Gleichzeitig haben wir beide viel Erfahrung in unseren jeweiligen Kreisverbänden gesammelt. Ich komme aus Tempelhof-Schöneberg, Peter aus Berlin-Mitte. Irgendwann unterhielten wir uns mal über den Landesverband, also was wir gut finden, was wir anders machen würden. Wir merkten relativ schnell, dass wir sehr ähnlich ticken. Natürlich sind unsere Biografien ganz unterschiedlich: So können wir auch eine gewisse Diversität abbilden. Eine Doppelspitze bietet uns außerdem die Möglichkeit, Arbeit aufzuteilen, die man so allein gar nicht stemmen könnte – das fanden wir charmant.

Als Ort für euer Bewerbungsvideo als Doppelspitze hattet ihr euch das Märkische Viertel in Reinickendorf ausgesucht. Gerade diese Gegend ist nicht unbedingt als hipper Teil der Hauptstadt bekannt. Warum habt ihr dennoch gerade dort gedreht?

Peter: Wir haben das Gefühl, dass oftmals bestimmte Teile Berlins weder diskutiert noch in irgendeiner Art und Weise repräsentiert werden. Es gibt eben nicht nur Berlin-Mitte, das sozial hip ist. Es gibt auch das Märkische Viertel in Reinickendorf und viele weitere mehr – Stadtteile, Bezirke, die direkt vor unserer Haustür liegen und ein großes Potenzial aufweisen.

Das Märkische Viertel war mal ein Vorzeigebereich für viele Menschen, jedoch wurde es danach nie weiterentwickelt. Wenn in Zukunft neue Stadtteile entstehen, müssen wir darauf achten, dass diese ganzheitlich mitgedacht werden. So wollen Sinem und ich auch Politik machen: ganzheitlich für Berlin.



Als Juso-Doppelspitze möchten Peter Maaß (l.) und Sinem Taşan-Funke dafür sorgen, dass Berlin eine bunte und vielfältige Stadt bleibt.

Fotos: Sebastian Thomas

kämpft. Mal weg von der Theorie, hin zur Praxis: Wie kann das in euren Augen konkret aussehen?

Sinem: Willy Brandt hat den bekannten Satz geprägt: Mehr Demokratie wagen. Wenn wir diesen Satz auf die Gesellschaft übertragen, müssen wir uns in gleichem Maße auch über die Demokratisierung der Wirtschaft unterhalten. Genau dies ist bis heute nicht geschehen. Da gibt es nach wie vor ein sehr hierarchisches System, wer den Kurs bestimmt, wie und was produziert wird und wer am Ende Profit einheimst.

Mittlerweile gibt es Möglichkeiten, wie man nachhaltiger und eben demokratischer wirtschaften kann.

Es gibt viele erfolgreiche Firmen, in denen die Entscheidungen darüber, wohin sich das Unternehmen in Zukunft entwickeln soll, von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinschaftlich getragen wird. Eine andere gute Idee, auch um die durch die Corona-Krise entstandenen Schulden zu tilgen, ist eine Vermögensabgabe, wie sie auch Saskia Esken vorschlägt.

Peter: Wir reden immer über Utopien. Doch ganz zu Anfang sollten wir uns überlegen, wie wir diese Gesellschaft im Kleinen ein Stück weit so verändern, dass wir eine große Wirkung für unser gesamtes Miteinander erzielen. Nehmen wir die Arbeitszeitverkürzung: Die Frage ist immer, wie viel Arbeitszeit in der Woche wollen und sind wir auch bereit zu geben? Viele in meiner Generation möchten in ihrem Leben nicht nur arbeiten, sondern in ihrer Freizeit sinnvolle Dinge tun, die für die Gemeinschaft oder auch nur für sie einen Mehrwert haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der eine Gesellschaft verändern könnte.

Mit welchem politischen Bündnis sind diese Forderungen umsetzbar: Mit einer Großen Koalition oder Rot-Rot-Grün?

Sinem: Als Juso-Verband eint uns die Ablehnung der Großen Koalition. Das gilt für die Landesebene umso mehr, gerade weil wir die Erfolge mit Rot-Rot-Grün sehen. Im Bund bedeutet eine Koalition mit CDU und CSU seit vielen Jahren einfach Stillstand. Wir wollen gestalten, unsere Vorhaben voranbringen. Das funktioniert weitere vier Jahren im Bund mit der Union einfach nicht. Wir merken auch, dass es die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile satt haben.

Peter: Die Ablehnung von bestimmten Bündnissen richtet sich nach den Inhalten, die mit diesen Parteien zu machen sind. An dieser Stelle müssen wir ganz klar feststellen, dass mit CDU/CSU auf Bundesebene wichtige sozialpolitische Maßnahmen beziehungsweise

„
Die SPD will Dinge verbessern und einen Modernisierungsschub für die Gesellschaft leisten.

“
Peter Maaß

die Berlinerinnen und Berliner vor diskriminierender Willkür der Behörden, die Bildung ist fast kostenfrei. Ich habe bei den Christdemokratischen und -demokraten immer das Gefühl, dass sie die Interessen ihrer alten, weißen Klientel absichern wollen und weniger die der Stadtgesellschaft, die bunt und vielfältig ist.

Was wünscht ihr euch für den kommenden Berliner Wahlkampf?

Sinem: Wir wünschen uns vor allem einen starken inhaltlichen Wahlkampf und dass die SPD Berlin eine Vision hat, wie diese Stadt in zehn Jahren aussehen soll. Die zentrale Frage ist: Wem gehört die Stadt? Daraus ergibt sich ein ganzer Fragenkatalog, nämlich: Wollen wir die Stadt weiterhin auf Autofahrerinnen und Autofahrer ausrichten? Oder wollen wir klar in den ÖPNV investieren? Eine weitere wichtige Angelegenheit ist der Bereich der inneren Sicherheit. Ich möchte keine Law-and-Order-Politik, sondern das liberale Stadtbild von Berlin erhalten. Genauso muss die SPD die Partei sein, die wirksam Armut bekämpft. Da brauchen wir gute Konzepte und müssen armen Menschen den Weg in ein besseres, selbstbestimmtes Leben aufzeigen.

Peter: Die SPD hatte schon immer den Anspruch, Dinge zu verbessern und einen Modernisierungsschub für die Gesellschaft zu leisten. Genau jetzt stellen wir die Weichen für eine Zukunft, in der Berlin weiterhin der Platz für alle Menschen sein kann. Das zeichnet die Stadt aus.

Berlin soll sich nicht wie andere Großstädte entwickeln, in deren Stadtkern nur noch große Unternehmen und ein paar Superreiche Platz finden. Nein, es ist gerade die soziale Durchmischung, die Berlin ausmacht, und diese muss um jeden Preis erhalten bleiben. Berlin soll ein Sehnsuchtsort bleiben. Dazu muss die SPD ihren Beitrag leisten, wenn sie weiterbestehen will.

Fragen: Sebastian Thomas



Sinem: Wir wohnen beide relativ zentral und haben anderthalb Stunden dorthin gebraucht. Das sagt schon alles. Wir müssen uns mehr um die Probleme vor Ort kümmern. Gerade für das Märkische Viertel sind das Kinderarmut und die Erwerbslosigkeit. Beide sind wesentlich höher als in anderen Quartieren in Berlin. Daher müssen wir aufhören, nur die Innenstadt zu sehen. Das gilt für uns Jusos genauso wie für die gesamte Berliner SPD.

In euren Bewerbungsreden habt ihr davon gesprochen, dass ihr eine linke SPD wollt, die mit euch für eine sozialistische Gesellschaft

„
Wir müssen uns mehr um die Probleme vor Ort kümmern.

“
Sinem Taşan-Funke

Reformen jetzt und in Zukunft nicht auf den Weg gebracht werden können. Das sehen wir ganz deutlich an dem Hickhack, das sich um die Frage dreht, wieviel Rente Menschen nach ihrem Erwerbsleben zustehen soll.

In Berlin sehen wir sehr anschaulich, was mit der Rot-Schwarzen Koalition nicht möglich war. Da setzte sich keiner der Verantwortlichen zielgerichtet für eine gute Wohnungs- und Mietpolitik ein. Das überließ man dem privaten Sektor. Alles, was wir für eine offene Gesellschaft wollen und brauchen, ging in den vergangenen viereinhalb Jahren mit Rot-Rot-Grün voran. Das Antidiskriminierungsgesetz schützt

Mehr Infos zu den Jusos Berlin:
<https://www.jusosberlin.de>

Das vollständige Interview mit Sinem Taşan-Funke und Peter Maaß finden Sie online:
<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-jusos-berlin-sehnsuchtsort/>



Ihr gutes Recht

Petitionsausschuss ist für Bürgerinnen und Bürger da

Wenn sie sich von Behörden oder Senatsbetrieben unfair behandelt fühlen, wenden sich Bürgerinnen und Bürger an den Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses – manchmal mit Erfolg.

Ein Sonntag im Sommer, abends in der U-Bahn: „Die Fahrausweise zur Kontrolle bitte“, sagt der BVG-Kontrolleur. Der Fahrgast zeigt sein Umweltticket vor, seine Ehefrau neben ihm ebenso – doch ihr Umweltticket ist beschädigt und lässt sich nicht auslesen. „Das ist leider ungültig, das kostet sie 60 Euro“, sagt der Kontrolleur mit Blick auf das Ticket. Er hat alles richtig gemacht: Wer mit ungültigen Tickets die U-Bahn nutzt, muss zahlen. Aber auch der Passagierin ist kein Vorwurf zu machen. Sie konnte nicht erkennen, dass ihr Umweltticket beschädigt ist.

Die Angelegenheit landete beim Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses. Dort sind zwölf Parlamentarier aus allen Fraktionen vertreten. Er geht Eingaben – lateinisch: Petition – von Bürgerinnen und Bürgern nach, die sich von Landesbehörden falsch behandelt fühlen oder auch von Eigenbetrieben, etwa der BVG.

Andreas Kugler, ein erfahrener Abgeordneter aus Steglitz, ist im Petitionsausschuss mit Leidenschaft bei der Sache. „Vielleicht eine Gewohnheit, die ich seit Schülertagen in die Politik übertragen habe“, so der 53-jährige Steuerfachmann.



Andreas Kugler ist stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses. Foto: Landesarchiv Berlin/Thomas Platow

„In den vergangenen Monaten“, erinnert sich Sozialdemokrat Andreas Kugler, „hatten wir es oft mit Eingaben rund um die Corona-Epidemie zu tun.“ Etwa: Ich bin BVG-Abonnent, besteht die Möglichkeit, für die Zeit des Lockdowns ein Ausgleichsangebot zu erhalten?

Alle Eingaben werden gleichbehandelt, egal ob sie als Massenpetitionen im Ausschuss landen oder von einzelnen Beschwerdeführern kommen. Etwa von der BVG-Kundin, die mit einem beschädigten Umweltticket in der U-Bahn fuhr. Sie hätte das beschädigte Ticket gar nicht vorzuzeigen brauchen. Die Umweltkarte ihres Partners hätte ausgereicht. Die Strafgebühr muss sie nicht zu bezahlen, und die BVG verspricht, ihre Kontrolleure besser aufzuklären. „Weil wir Abgeordnete im Petitionsausschuss unsere Arbeit gemacht haben“, sagt Andreas Kugler.

Ulrich Schulte-Döinghaus

Der „Mietendeckel“ hält

Gegen steigende Mieten – für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum

Seit dem 23. Februar sind in Berlin die Mieten für rund 1,5 Millionen freifinanzierte Wohnungen auf dem Stand vom Sommer 2019 eingefroren. Mit dem Mietendeckel hat der Senat den drastischen Mietanstieg in der Hauptstadt einen Riegel vorgeschoben. Er folgte damit einer Initiative aus der Berliner SPD. Ende November folgte nun der nächste Schritt: Dann mussten Mieten, die die Obergrenze um mehr als 20 Prozent überschreiten, auch abgesenkt werden.

Über 80 Prozent der Berlinerinnen und Berliner wohnen zur Miete. Darauf weist die SPD-Abgeordnete und Mietexpertin Iris Spranger hin. Ihnen soll mit dem Mietendeckel eine fünfjährige Atempause verschafft werden. „Das sind fünf Jahre, die wiederum intensiv für den Neubau genutzt werden müssen. Der richtige Dreiklang für die wachsende Stadt lautet: Bauen – Kaufen – Deckeln“, so die SPD-Abgeordnete.

Seit 2011 wächst die Stadt – zunächst langsam, dann immer schneller: Nach 2011 zogen jedes Jahr rund fünfzigtausend Menschen in die Hauptstadt. Mit den steigenden Bevölkerungszahlen schossen die Preise bei Neuvermietungen in die Höhe. Der Wohnungsbau hielt mit der Entwicklung der wachsenden Stadt nicht Schritt. Dazu kam, dass sich Berlin aus Finanznot von

hatte trennen müssen. Lag die Angebotsmiete 2005 noch bei knapp fünf Euro pro Quadratmeter, so verdoppelte sie sich bis 2018 fast auf 9,91 Euro, die Quote für Leerstand sank unter zwei Prozent.

Zwar konnte die SPD auf Bundesebene einige Verbesserungen im Mieterschutz durchsetzen, etwa eine Begrenzung von Mieterhöhungen. Mit der Ankündigung des Berliner Mietendeckels im vergangenen Jahr aber konnte nun sogar ein leichter Rückgang bei den Angebotsmieten erreicht werden. Der Mietendeckel schreibt zudem vor, dass die Mieten in Berlin ab 2022 höchstens um 1,3 Prozent jährlich steigen dürfen. Bei Neuvermietungen gelten Obergrenzen. Der Berliner Mieterverein sieht darin „eine spürbare Entlastung für alle Mieter“.

Er schätzt, dass sich 95 Prozent der Vermieter an die Regelung halten. Wie anfangs erwähnt trat am 23. November die zweite Stufe des Mietendeckels in Kraft: Mieten, die die Obergrenze um mehr als 20 Prozent überschreiten, müssen abgesenkt werden. Ende Oktober lehnte das Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag gegen die Mietsenkungen ab. FDP und CDU/CSU wollen den Schutz der Berliner Mieterinnen und Mieter wieder unterbinden. Sie haben eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Landgericht Berlin hatte dagegen Ende Juli 2020 keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Mietendeckels.

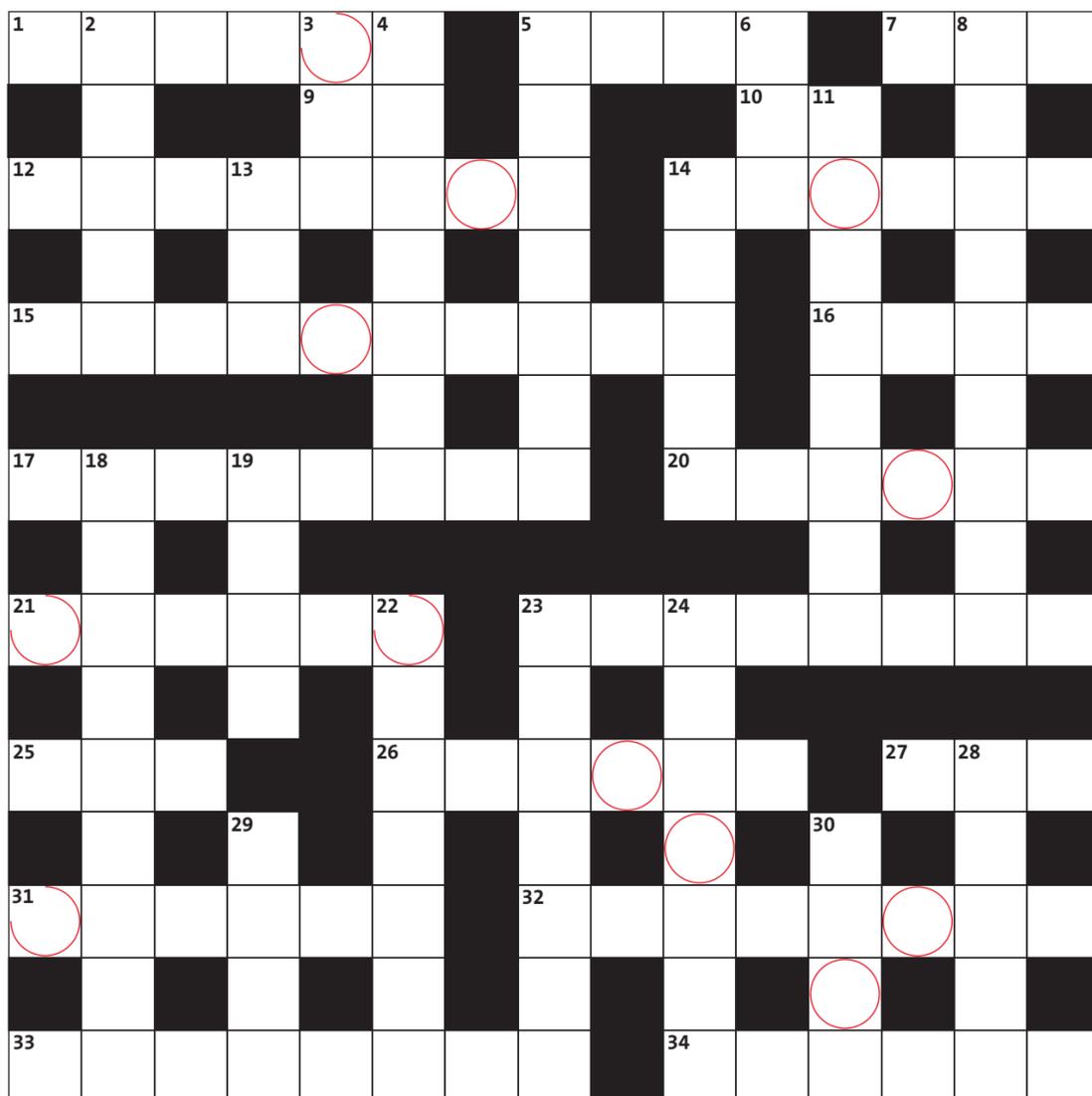
Ulrich Horb

<https://mietendeckel.berlin.de>



Ein Protesttransparent mit der Aufschrift „Miete runter“ hängt an einem Kreuzberger Wohnhaus vor der Einführung des Mietendeckels. Foto: Ulrich Horb

BERLINER PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe

- Kanzlerkandidat der SPD
- Verdickungsmittel aus der Palme
- Chinesische Nationalität
- Niederung an Bächen und Flüssen
- Adverb
- Sommergrüner Baum, Baum des Jahres 1992
- legendärer Berliner Bürgermeister
- Blattwerk im „Indian Summer“
- Gemüsepflanze aus dem Hochland von Abessinien
- Teil des stehenden Gutes auf Segelschiffen
- Kompaniefeldwebel
- Berliner Badewanne, im Sommer überfüllt
- akademisches, kirchliches oder schulisches Leitungsamt
- Stilles Örtchen
- wenn an der Börse die Champagnerkorken knallen
- Winnetous Gruß
- sollte man besser nicht durch die Lasche zieh'n
- Funktionseinheit des Gehirns, verantwortlich für Triebe und Emotionen
- Schwellung der Bindehaut
- stabil und beständig

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe

- ist als Medizin hautverträglich, macht auf der Torte glücklich und dick
- nicht heiß, nicht kalt
- später geht's nicht
- festgewachsene Meeresalgen
- Schillers und Beethovens Verneigung vor der Freude

- arterielle Aussackung
- Schauplatz von Vorführungen während Corona
- Länderkürzel von Gabun
- Bilderrätsel
- schiedlich-friedliche Streitlösung
- Schlussstil eines musikalischen Stückes
- Anstrengung ist ausgeschlossen
- ohne Bedauern
- männlicher Vorname
- wurde neulich am Berliner Alex gesichtet
- müllige E-Mail
- Schlag mit Faust, Knüppel, Säbel

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben ein bedeutendes Kulturzentrum im Herzen von Berlin. Dort ist die Nofretete ebenso zu Haus wie Tilman Riemenschneiders „Heiliger Georg“.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 15.12.2020 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163 · 13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs „Zuhause bei Loki und Helmut Schmidt: Das Kanzlerhaus in Hamburg-Langenhorn“, herausgegeben von der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung und mit Fotografien von Michael Zapf.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES IM OKTOBER 2020 ERSCHEINENEN BUCHS „ZUHAUSE BEI LOKI UND HELMUT SCHMIDT: DAS KANZLERHAUS IN HAMBURG-LANGENHORN“

Die Geschichte einer besonderen Ampel

Um das Infektionsgeschehen besser beurteilen zu können, ging Berlin einen Sonderweg

Es ist Anfang Mai 2020. Auf einem Corona-Gipfel beschließen die Kanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten Lockerungen nach der Zeit der Ausgangsbeschränkungen. Kurz danach veröffentlicht die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit eine Pressemitteilung: Um das Infektionsgeschehen und die Belastung des Gesundheitssystems im Blick zu behalten, geht das Land Berlin einen Sonderweg.

Der Senat beschließt verschiedene Indikatoren, um die Auswirkungen der Lockerungen besser beurteilen zu können: Reproduktionszahl, Sieben-Tage-Inzidenz sowie die Auslastung und Kapazität der Intensivbetten. Daraus entwickeln die Verantwortlichen ein System, das ungefähr ein halbes Jahr später in Teilen des Bundesgebietes Schule machen soll: die Corona-Ampel.

Alle drei genannten Indikatoren werden nach den bekannten Ampelfarben rot, gelb und grün bewertet. Dadurch bekommt der Berliner Senat schnell Hinweise darauf, ob er in das aktuelle Infektionsgeschehen eingreifen muss oder nicht.

Der erste Indikator ist die **Reproduktionszahl**. Sie beschreibt, wie viele Menschen ein Infizierter durchschnittlich ansteckt. Bei dem Corona-Virus, so die Gesundheitsbehörde, ist die Zahl stabil unter eins zu halten. Der nächste Hinweis betrifft die **Zahl der Neuinfektionen** pro 100.000 Einwohnerinnen und



Foto: Adobe Stock/Of The Village | Kollage: SPD Berlin

Einwohnern innerhalb von sieben Tagen. Dieser Indikator stellt das Infektionsgeschehen in absoluten Zahlen dar. Der letzte Indikator gibt Auskunft über die **Auslastung der Intensivbetten**.

Die Sieben-Tage-Inzidenz fungiert seit Ende Oktober als Grund-

lage für die Corona-Ampel unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern. Als zweites Bundesland nach Berlin hatte zuvor Rheinland-Pfalz ein Ampel-System eingeführt. Anders jedoch als in der Bundeshauptstadt sind die bestimmenden Farben Gelb-Orange-Rot.

Bereits Ende September zeigte sich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller darüber erfreut, dass sich bei einer Videoschleife der Länderchefinnen und -chefs mit der Kanzlerin die Anwesenden für ein Warnsystem aussprachen, und zwar so wie in Berlin oder ähnlich wie in Berlin.

Bis Ende August veröffentlichte die Senatsverwaltung für Gesundheit täglich Pressemitteilungen zum aktuellen Stand der Corona-Ampel. Seitdem gehen die Verantwortlichen einen neuen Weg mit einem Online-Lagebericht (siehe Infobox). Darin integriert: das Ampelsystem zur Lage der Pandemie in der Hauptstadt.

Sebastian Thomas

Aktuelle Corona-Infos online:
<https://www.berlin.de/corona>

SCHÜTZEN SIE SICH UND ANDERE!



ABSTAND HALTEN!



MASKE TRAGEN!



HYGIENE BEACHTEN!



CORONA-APP BENUTZEN!

MEINUNG

SPD-BASIS IST PUTZMUNTER

Nein, die letzten Umfragen sind nicht schön für die SPD. Aber sie sind auch widersprüchlich. Schwachen Werten für die Partei stehen 46 Prozent Beliebtheitsgrad für den Regierenden Bürgermeister Michael Müller gegenüber. 51 Prozent hätten gerne Franziska Giffey als künftige Regierungschefin. Fazit: Bis zur Wahl im Herbst 2021 wird sich noch Vieles sortieren.

Dann geht es um Personen, aber auch um ein politisches Programm, das nicht nur eine bestimmte Klientel überzeugen muss. Da steht es gar nicht so schlecht um die Partei mit der längsten Tradition. In den letzten Jahren gab es einen Schub an neuen, meist jüngeren Mitgliedern. Viele stehen mittlerweile in ihren Kiezen in der Verantwortung. Bei den Wahlen für Abgeordnetenhaus und Bundestag drängen Junge nach vorne. Kevin Kühnert zum Beispiel und Annika Klose.

Die SPD hat eine putzmuntere Basis, die „alte Tante“ ist heute jünger als die Grünen, die in manchen Bezirken bürgerlicher als die CDU sind. Die SPD dagegen ist eine Partei mit festen Grundsätzen und zugleich der Bereitschaft zum pragmatischen Handeln. Das Motto: Wir sind wir.

Ulrich Schulte-Döinghaus

Kultur versus Corona-Folgen

SPD will Künstlerinnen und Künstler besser absichern

Eigentlich sollte die Weddinger Kostümbildnerin und Malerin Sibylle Gädeke im Frühjahr das Gastspiel einer Dresdener Operninszenierung, für die sie die Kostüme entworfen hatte, nach Japan begleiten. Corona vereitelte nicht nur dieses Engagement, auch alle anderen brachen weg.

Mitte März schlossen in Berlin Museen, Opern, Theater, Kinos, Kneipen, Bars und Clubs. Großveranstaltungen wurden verboten, Messen abgesagt. Schwierige Zeiten für Kultureinrichtungen, eine finanzielle Katastrophe für freischaffende Künstlerinnen und Künstler oder Solo-Selbständige in der Veranstaltungstechnik. Sibylle Gädeke zog sich in ihr Atelier in den Weddinger Gerichtshöfen zurück und führte ein zeichnerisches Corona-Tagebuch.

Zwar hatte der Berliner Senat kurzfristig ein Hilfsprogramm mit 5.000 Euro Unterstützung für Solo-Selbständige aufgelegt. Aber nur wenige Künstlerinnen und Künstler in ihrem Umfeld kannten und nutzten diese Möglichkeit, berichtete Sibylle Gädeke Mitgliedern des SPD-Kulturforums bei einem Treffen. „Bis die Künstlerinnen und Künstler den Antrag eingereicht hatten, waren die Gelder schon weg.“ Das Folgeprogramm des Bundes förderte dann nur reine Betriebskosten, nicht aber den Lebensunterhalt, auf den gerade Künstlerinnen und Künstler angewiesen sind. Auch die großen städtischen Bühnen hätten sich trotz staatlicher Unterstützung mehr um die festangestellten Ensemble-Mitglieder gekümmert als



Künstlerin Sibylle Gädeke (r.) in ihrem Atelier in den Weddinger Gerichtshöfen im Gespräch mit Mitgliedern des SPD-Kulturforums Foto: Ulrich Horb

um freischaffende, kritisiert Sibylle Gädeke: „Ausfallhonorare gibt es so gut wie nicht.“

Mit Kreativität hatten Berlins Kultureinrichtungen auf die Krise reagiert. Die Schaubühne stellte ältere Theateraufzeichnungen ins Netz, die Neuköllner Oper produzierte eigene aktuelle Videoclips, einige Theater organisierten Aufführungen unter freiem Himmel. Auch wenn Veranstaltungen wieder anlaufen, kostendeckend sind sie oft nicht. So besetzt die Deutsche Oper nur 800 ihrer 2.000 Plätze, dem Schlosspark-Theater von Dieter Hallervorden bleiben ganze 105 der 473 Sitzplätze.

Die Freie Szene Berlins forderte in einem Offenen Brief ein „faires Angebot“ für die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, das dem Kurzarbeitergeld entspreche. Die SPD-Bundestagsfraktion will unabhängig von Corona die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, die Kulturschaffenden besseren Zugang und bessere Absicherung bietet.

Weitere Unterstützung ist nötig, so das SPD-Kulturforum: Kultur lebt von der Begegnung, digitale Angebote können die analogen nur ergänzen.

Ulrich Horb

Auf Solidarität setzen

Corona trifft auch die Besucherorganisationen hart

Alice Ströver hat eine gute Nachricht für ihren Chef: „Die Staatsoper hat wieder Karten für uns.“ Alice Ströver, einst Kulturstaatssekretärin, ist Geschäftsführerin des Vereins Freie Volksbühne, ihr Chef der Vorsitzende Frank Bielka, einst Bürgermeister von Neukölln, Finanzstaatssekretär und zuletzt Chef der Degewo.

Der Verein Freie Volksbühne vermittelt als „Kulturvolk“ seinen Mitgliedern Theater-, Konzert- und Opernkarten zum günstigen Preis und ist damit eine von drei Berliner Besucherorganisationen. Und für alle drei gilt das Sprichwort: Den Letzten beißen die Hunde. Denn, wenn schon der Bühnen- und Konzertsaal wegen der Corona-Vorschriften erheblich reduziert hat, bleiben kaum noch Eintrittskartenkontingente für die übrig, die zu normalen Zeiten halfen, die Säle zu füllen. „Dabei haben wir noch Glück“, sagt Frank Bielka. „Wir haben ein eigenes Haus mit großem Garten.“ Das hat der Verein im Sommer genutzt und selbst Kultur veranstaltet. Es hat den Künstlern geholfen, die Angestellten müssen jedoch mit Kurzarbeit über die Runden kommen. Verzichtete man auf ein großes Fest zum 130-jährigen Bestehen. Übrig blieb eine bescheidenere Veranstaltung mit ausgelosten Karten.

130 Jahre Freie Volksbühne – das sind 130 Jahre Arbeiterbildung. Denn am Anfang stand 1890 das Bedürfnis der arbeitenden Menschen, selber am Kulturleben teilzuhaben und es nicht allein den Wohlhabenden zu überlassen. Schon bald

plante der Verein unter Führung von Franz Mehring ein eigenes Theater am Bülowplatz, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz. Es wurde 1914 eröffnet und wurde zu einem kulturellen Brennpunkt – bis die Nazis es sich einverleibten und nach dem Kriege die Sowjets und dann die SED das Haus unter ihre Fittiche nahmen. In West-Berlin bekam die Freie Volksbühne ein neues Haus in der Schaperstraße. Es begannen die großen Theaterjahre unter Erwin Piscator. Nach der Wiedervereinigung gab der Verein das Haus auf und behielt ein Gebäude in der Wilmersdorfer Ruhrstraße für die Besucherorganisation.



Im Sommer setzte die Freie Volksbühne auf ein Open-Air-Programm Foto: Kulturvolk

Die Freie Volksbühne Berlin hat schon früh Nachahmer gefunden. Heute noch sind deutschlandweit 57 Volksbühnenvereine vernetzt. Und sie haben alle die gleichen Probleme mit Corona. „Auch wenn es eng wird: Wir setzen auf die Solidarität der Mitglieder und werden überleben“, sagt Frank Bielka. „Irgendwann wird ja die Corona-Krise vorbei sein.“

Ulrich Rosenbaum

MIETER*INNENSCHUTZ

SPD WEHRT LUCZAKS (CDU) ANGRIFF AUF MIETERINNEN UND MIETER AB

Viele Menschen haben Angst, sich das Leben in ihrem Kiez nicht mehr leisten zu können. Neben dem Fakt, dass zu lange kaum neue Wohnungen gebaut wurden, liegt das vor allem an zwei Geschäftsmodellen.

Erstens ein Modernisierungen, die eine dauerhafte massive Mieterhöhung zum Ziel hatten – und oftmals nicht wie behauptet eine bessere Energiebilanz. Dem konnten wir als SPD mit der Verschärfung der Mietpreisbremse, Bußgeldern fürs Herausmodernisieren und dem Mietendeckel bereits einige Zähne ziehen. Das zweite Modell war zuletzt noch komplett legal: die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen. Was die Immobilienbranche als Traum vom Wohneigentum verkauft, bedeutet in der Realität oft die Verdrängung aus der bisherigen Wohnung.

Das Problem hat sich insbesondere in Berlin zuletzt verschärft. Deshalb wurden beim Wohngipfel der Bundesregierung auf Drängen der SPD scharfe Umwandlungsregeln vereinbart. Der CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak aus Tempelhof-Schöneberg hatte sich dagegen gewehrt und feierte im Oktober: Bauminister Seehofer (CSU) hatte das Umwandlungsverbot aus dem Gesetzesentwurf gestrichen. Luczak rechtfertigt seine Haltung damit, dass er Wohneigentum fördern will. Er vergisst dabei, dass das in Städten wie Berlin nur mit einem sehr hohen Haushaltseinkommen möglich ist. An Menschen mit geringen und mittleren Einkommen denkt er nicht. Sie wären die Leidtragenden, würde sich Luczak mit seiner Politik der Entmietung durchsetzen.



Foto: Nicolai Rehberg

Doch Luczak hat sich nicht durchgesetzt. Die SPD machte immer wieder deutlich, dass sie einer Reform des Baugesetzbuches nur zustimmen werde, wenn das Umwandlungsverbot kommt. Und damit haben wir uns schlussendlich auch durchgesetzt. Alteingesessene Mieterinnen und Mieter werden künftig endlich besser geschützt. Der Einsatz hat sich gelohnt, was sowohl der SPD als auch zahlreichen Mietinitiativen zu verdanken ist, die ihren Protest bis vor das Büro des CDU-Abgeordneten getragen hatten (siehe Foto).

Kevin Kühnert
Bezirksverordneter

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN

[facebook.com/tempelhofschoneberg/](https://www.facebook.com/tempelhofschoneberg/)

twitter.com/spd_ts

[instagram.com/spd_ts/](https://www.instagram.com/spd_ts/)

Eine Chance für das Nahariyaviertel

In Tempelhof-Schöneberg wurden zwei neue Quartiersmanagement-Gebiete ausgewählt

Das Instrument des Quartiersmanagements (QM) gibt es seit 1999 in Berlin. Aufgabe des Bund-Länder-Programms ist es, Stadtteile mit einem „besonderen Entwicklungsbedarf“ zu fördern. QM kommt also immer dann ins Spiel, wenn es viele Probleme gibt und die Gefahr besteht, dass ein Kiez sozial abgehängt wird, zum Beispiel, weil dort viele Menschen mit wenig Geld leben und die Lebensqualität niedrig ist.

Zuletzt gab es im Bezirk ein QM-Gebiet im Schöneberger Norden, das zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden konnte. Die gesteckten Entwicklungsziele – der Aufbau stabiler Netzwerke, die Schaffung von Orten für Nachbarschaftsarbeit und Begegnung und Schaffung eines attraktiven öffentlichen Raumes – konnten dort in den letzten 21 Jahren umgesetzt werden. Nun wurden mit den Germaniaärten und dem Nahariyaviertel in Lichtenrade zwei neue Gebiete ausgewählt.

Möglichst viele Akteure sollen miteinander vernetzt werden: Anwohnerinnen und Anwohner, Vermieter, Bezirksamt, Unternehmen, soziale Einrichtungen und Bürgerinitiativen. Gemeinsam sollen sie neue Projekte auf den Weg bringen. Die können sich um mehr Grün oder ein neues Nachbarschaftszentrum drehen, oder um das bessere Zusammenleben der Kulturen. In



Wohnblöcke prägen das Bild des Nahariyaviertels in Lichtenrade.

Foto: Yvonne Gagliano

den QM-Büros finden die Bewohnerinnen und Bewohner Ansprechpartner, mit denen sie über Ideen diskutieren können. Wer sich engagieren möchte, ist im Quartiersrat willkommen, um an der Entwicklung des Viertels mitzuarbeiten und über die Vergabe von Fördermitteln zu entscheiden.

Die AG SPAS, die bisher das QM-Gebiet in Schöneberger Norden betreut hat, wird nun das Gebiet rund um die Nahariyastraße übernehmen.

Hier leben gut 8.500 Menschen, knapp 40 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund, häufig zusätzlich Fluchterfahrungen.

Die Standorte für die Büros stehen noch nicht fest, die Eröffnungsfeiern sind aber für das kommende Jahr geplant.

Als SPD-Abgeordnete aus Lichtenrade schaue ich zuversichtlich auf die Entwicklung in Lichtenrade-Ost. Es ist gut, dass der Kiez rund um die Nahariyastraße ausgewählt

wurde und mit dem Quartiersmanagement eine Chance bekommt. Hier wohnen viele Menschen, die auf ein solches Signal gewartet haben und sich gerne einbringen wollen. Manche Mieterinnen und Mieter wohnen schon seit ihrem Bestehen in der Siedlung. Ich bin von der positiven Entwicklung in Lichtenrade und in den Germaniaärten überzeugt. Die Menschen werden davon vielfältig profitieren.

Melanie Kühnemann-Grunow · Mda

Corona im Bezirk

Gesundheitsamt steht vor großen Herausforderungen

In Tempelhof-Schöneberg ist das Gesundheitsamt wieder hauptsächlich damit beschäftigt, Infektionsketten zu durchbrechen. Es infizieren sich viele junge Menschen mit vielfältigen Kontakten. Das bedeutet, dass mehr Kontakte nachverfolgt werden müssen und mehr Personal gebraucht wird.

Berlin hat ein Amtshilfeersuchen an die Bundeswehr gestellt, das positiv beschieden wurde. In der Bezirksverordnetenversammlung führte dies zu einer kontroversen Debatte. Die Fraktion *Die Linke* lehnte die Hilfe der Bundeswehr in den Gesundheitsämtern ab. Sie sieht darin eine Verletzung des Grund-

gesetzes, das den Einsatz der Bundeswehr im Inland – zu Recht – verbietet. Die SPD-Fraktion hingegen begrüßt die Unterstützung. Die Soldatinnen und Soldaten sollen schließlich keine Aufgaben der Polizei oder der Ordnungsämter übernehmen. Sie sind mit der Kontaktnachverfolgung nach festgelegten Regeln beauftragt. Dabei unterliegen sie – wie jede andere Person im Krisenstab – der Verschwiegenheit, sind also weitab von einem „verbotenen“ Einsatz. Solange die Infektionszahlen steigen, braucht das Gesundheitsamt jede Unterstützung.

Manuela Harling
Bezirksverordnete

Jubiläum in Friedenau

Die Buchhandlung Thaer wird 75 Jahre alt

Die Buchhandlung Thaer wurde 1945 von Anneliese Thaer als erste Buchhandlungsneugründung nach Genehmigung durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg eröffnet. Bundesallee 77, direkt am Friedrich-Wilhelm-Platz.

Nach wechselnden Inhabern übernahmen 2004 Walter und Elvira Hanemann die Buchhandlung, die sich Anfang der 1980er-Jahre während ihrer Buchhändlerlehre kennen und lieben gelernt hatten. Seit 2007 werden sie von ihrer Tochter Lea unterstützt.

Beide kamen aus renommierten Berliner Buchhandlungen, die Möbel zum Teil aus dem alten Hotel Adlon.

Ein Schwerpunkt der Buchhandlung, eine der letzten drei in Friedenau, sind Lesungen und das Sortiment aus anspruchsvoller Belletristik, Kinder- und Jugendbüchern und die Bereiche Psychologie, Zeitgeschichte und Politik. Regelmäßig gibt es Leseempfehlungen im Internet.

So verwundert es nicht, dass viele Friedenauer Familien, die die kleinen und selbständigen Buchhandlungen unterstützen wollen, längst Stammkunden an diesem faszinierenden Ort sind. Gratulation zum 75.!

Eva Liebchen

www.thaer.de

Lieferverkehr mal ganz anders gedacht

Mehr für die Umwelt und weniger Verkehrsaufkommen sind machbar

Am 1. Oktober war es endlich soweit: Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler eröffnete gemeinsam mit der Deutschen Bahn den Mikro Hub am und für den Tempelhofer Damm. Lastenräder sollen den Lieferverkehr auf der letzten Meile ersetzen und so zur Verringerung der Emissionen und des Lieferverkehraufkommens am Tempelhofer Damm beitragen.

Kleine, emissionsfreie und geräuscharme Elektro-Räder erledigen jetzt die Zustellung und das Abholen von Warensendungen. Am Mikro Hub wird direkt neben der Auffahrt zur Stadtautobahn umgeladen. Durch die kooperative Nutzung des Mikro Hubs durch ver-

schiedene Logistiker können die knappen innerstädtischen Flächen sehr effizient genutzt werden. Am Start sind zunächst zwei Lieferdienste und die Möglichkeit zur Selbstabholung von bestellten Lebensmitteln aus dem Umland.

Natürlich soll und wird das Partnernetzwerk von Zulieferern und belieferten Geschäften jetzt stetig wachsen. Die Deutsche Bahn, die bezirkliche Wirtschaftsförderung und die Unternehmens-Initiative Tempelhofer Damm werden dafür kräftig werben.

Als zweites großes Projekt soll eine länderübergreifende Kooperation zur Bündelung der Stückgutverkehre entstehen, die vom Güter-



Angelika Schöttler setzt auf neue Lösungen beim innerstädtischen Lieferverkehr.

Foto: A. Schöttler

Verteilzentrum Großbeeren ausgeht. Dazu startete die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler im Sommer 2020 mit ihrer Wirtschaftsförderung ein großes Projekt zusammen mit dem Unternehmensnetzwerk Motzener Straße und einer weiteren Kooperation zum Netzwerk Großbeerenstraße. Auch hier ist das Ziel, weniger Verkehr durch optimierte Lieferketten zu erzeugen.

Die Unternehmen im Bezirk werden durch die Wirtschaftsförderung unter der Führung der Bezirksbürgermeisterin sehr erfolgreich bei ihren Bestrebungen, die Umwelt zu entlasten, unterstützt.

TSa